


www.laender-analysen.de/ukraine

PARLAMENTSWAHLEN 2012

■ ANALYSE

Parlamentswahlen 2012 in der Ukraine: Wahlsieg für Janukowytsch
ohne Unterstützung der Wählermehrheit 2
Von Katerina Malygina, Bremen

■ KOMMENTAR

Erbitterter Nachwahlkampf in der Ukraine um die einfache Parlamentsmehrheit 6
Von Miriam Kosmehl, Kiew

■ KOMMENTAR

Nichtideologische Motivationen der Swoboda-Wähler: Hypothesen zum Elektorat der
ukrainischen radikalen Nationalisten bei den Parlamentswahlen vom Oktober 2012 8
Von Andreas Umland, Kiew

■ GRAFIKEN UND TABELLEN ZU DEN TEXTEN

Wahlergebnisse der Parlamentswahl 2012 9
Chronik der Parlamentswahlen 2012 14

■ CHRONIK

Vom 24. Oktober bis 12. November 2012 16



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Parlamentswahlen 2012 in der Ukraine: Wahlsieg für Janukowytsch ohne Unterstützung der Wählermehrheit

Von Katerina Malygina, Bremen

Zusammenfassung

Am 28. Oktober 2012 fanden in der Ukraine die Wahlen zum Parlament statt. Erst zwei Wochen später hatte die Zentrale Wahlkommission 100 % der Stimmen ausgezählt. Die regierende Partei der Regionen erlangte 185 von 450 Sitzen. Auf fast ebenso viele Sitze kommen die Oppositionsparteien zusammen: die Vereinigte Opposition Batkiwschtschyna (Vaterland) zieht mit 101 Mandaten ins Parlament ein, Witalij Klytschkos UDAR (Schlag) wird über 40 Mandate verfügen und die rechtsnationale Swoboda (Freiheit) konnte mit 37 Mandaten ebenfalls einen Erfolg verbuchen. Die übrigen Sitze gingen an die Kommunisten (32), Vertreter kleinerer Parteien (7) und selbst-aufgestellte Direktkandidaten (43). Aufgrund der Wahlfälschungen ließen sich jedoch in fünf Einzelwahlkreisen keine eindeutigen Wahlsieger feststellen. Dort finden Nachwahlen statt. Nichtsdestotrotz werden die Partei der Regionen, die Kommunistische Partei und die parteilosen Abgeordneten ohne Zweifel die propräsidentielle Mehrheit im neuen Parlament bilden.

Einleitung

Die regierende Partei der Regionen hatte gehofft, dass die Parlamentswahlen 2012 das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine voranbringen würden. Im Vorfeld der Wahlen stand sie demzufolge vor zwei Aufgaben, die nur sehr schwer gleichzeitig zu erfüllen waren: Man wollte die Legitimität des Wahlprozesses in der Ukraine glaubhaft machen, gleichzeitig aber die Mehrheit im neuen Parlament behalten. Bei der Bewältigung der ersten Aufgabe sollten die Überwachungskameras in den Wahllokalen und die große Zahl internationaler Wahlbeobachter behilflich sein. Die Partei der Macht setzte damit auf den demokratischen Ablauf des Wahltages. Am 30. Oktober erklärte Ministerpräsident Mykola Asarow, dass die Wahlen ohne Manipulationen abgelaufen seien, was schon allein daran deutlich werde, dass die Ergebnisse fast exakt den Wahltagsbefragungen entsprechen. Allerdings konzentrierten sich die ersten Einschätzungen der Wahlbeobachter nicht auf den Wahltag selbst, sondern kritisierten den Ablauf des Wahlkampfes. Nach Beginn der Stimmenausszählung, die zwei Wochen dauerte und entgegen der Darstellung Asarows von offenkundigen Wahlfälschungen begleitet wurde, war klar, dass die Partei der Regionen an der ersten Aufgabe kläglich scheitern, die zweite Aufgabe aber vollständig erfüllen wird.

Das Parlament zu Zeiten Janukowytschs

Rein formal ist die Werchowna Rada, das ukrainische Parlament, seit der Wahl von Wiktor Janukowytsch zum Präsidenten funktionsfähiger geworden. Allerdings wurde die erhöhte Funktionalität durch einen Verlust an Unabhängigkeit erreicht. Noch vor wenigen Jahren war das Parlament in der Ukraine eines der wichtigsten Machtzentren. Durch die Verfassungsreform von 2004

erhielt es weitreichende Befugnisse, darunter auch das Recht, die Regierung zu ernennen und zu entlassen.

Im Jahr 2010 verlor die Werchowna Rada jedoch allmählich ihren Einfluss. Nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts im Frühjahr 2010, dass einer Koalition auch einzelne Abgeordnete angehören können, haben viele Oppositionsabgeordnete die Seiten gewechselt. Auf diese Weise gelang es Janukowytsch, schnell eine propräsidentielle Mehrheit im Parlament zu bilden. Schon im Oktober 2010 wurde die Verfassungsreform von 2004 aufgehoben und die Ukraine kehrte zur Verfassung von 1996 zurück, die dem Präsidenten weitreichende Befugnisse einräumt. Schließlich hat die Exekutive die Entscheidungsfindung im Parlament vollständig unter ihre Kontrolle gebracht. Die meisten Abstimmungen im Parlament laufen nun nach Handlungsanweisungen von Michail Tschetschetow ab, einem Abgeordneten aus der Partei der Regionen. Dabei wird für abwesende Parteimitglieder gleich mitabgestimmt. Solche Fälle gab es zwar auch schon unter Präsident Wiktor Juschtschenko, aber in letzter Zeit sind sie offensichtlich zur Regel geworden. So wurden z. B. nur 14 % der Gesetze zwischen Mai 2011 und Mai 2012 unter Anwesenheit aller abstimmenden Abgeordneten verabschiedet.

Stimmung vor den Wahlen

In den letzten zwei Jahren hat die Werchowna Rada einige sehr unpopuläre Gesetze verabschiedet, so etwa das neue Steuergesetz, die Strafprozessordnung, die Anhebung des Renteneintrittsalters, die Abschaffung der Privilegien für Afghanistanveteranen und Tschernobyl-Liquidatoren, das Sprachengesetz u. a. Als Ergebnis hat die Proteststimmung in der Ukraine zugenommen: Ende 2010 widersetzten sich Unternehmer dem neuen Steuergesetz, 2011 protestierten Afghanistan-

veteranen und Tschernobyl-Liquidatoren, im Sommer 2012 gab es weitverbreitete Proteste gegen die Möglichkeit, der russischen Sprache den Status der Regionalsprache einzuräumen.

Die Proteststimmungen wurden auch durch massive Reichtumsumverteilungen zugunsten des Großkapitals und der regierenden Politiker intensiviert. Laut Magazin Fokus erhöhte der Oligarch Rinat Achmetow sein Vermögen von 7,5 Mrd. US-Dollar Anfang 2010 auf 18,7 Mrd. US-Dollar Anfang 2012. Im Fokus-Ranking der reichsten Ukrainer sind heute auch fünf Regierungsmitglieder mit einem Gesamtvermögen von 3,3 Mrd. US-Dollar zu finden. Darüber hinaus wurde im Jahr 2012 Oleksandr Janukowytsch, der älteste Sohn des Präsidenten, zum ersten Mal ins Ranking aufgenommen. Sein Vermögen schätzte man auf 100 Mio. US-Dollar. In den ukrainischen Medien wurde sogar der Begriff »Familie« zur Bezeichnung des Netzwerkes der Geschäftspartner des Präsidenten geprägt. Als Ergebnis all dieser Prozesse hat die Partei der Regionen die Unterstützung der Wähler sogar in ihrer Stammregion verloren. So waren laut Umfragen im Sommer 2012 nur 32 % der Bevölkerung aus den fünf östlichen Regionen der Ukraine für die Partei der Regionen, während es vor zwei Jahren noch etwa 65 % waren.

Mit Zunahme der Proteststimmung wuchsen auch die Umfragewerte der Opposition. Im März 2010 hatten lediglich 22 % der Bevölkerung die Oppositionsparteien unterstützt. Ende 2011 waren ihre Werte dann schon auf 34–45 % gestiegen. Auch die zwei regionalen Oppositionsparteien – UDAR von Witalij Klytschko und Freiheit von Oleh Tyahnybok – erhielten im Zuge dessen mehr Unterstützung auf nationaler Ebene.

In Reaktion auf die Verschiebung der Zustimmungswerte zugunsten der Opposition traf die regierende Partei eine Reihe von Entscheidungen, die den Charakter der aktuellen Parlamentswahlen bestimmten. Im Oktober 2011 wurde die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko zu sieben Jahren Haft verurteilt. Einen Monat später verabschiedete das Parlament ein neues Wahlgesetz und im Februar 2012 wurde der ehemalige Innenminister und Vorsitzende der Oppositionspartei Nationale Selbstverteidigung (Narodna Samoobrona) Jurij Luzenko zu vier Jahren Haft verurteilt.

Taktik der Partei der Regionen

Die Verhaftung der Oppositionsführer und die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes haben die politische Situation in der Ukraine dramatisch verändert. So wird mit dem neuen Wahlgesetz die Sperrklausel von 3 % auf 5 % erhöht, das Antreten von Parteienbündnissen verboten und die Möglichkeit, »gegen alle« zu stimmen, vom Wahlzettel gestrichen. Zentra-

ler Punkt des neuen Wahlgesetzes war jedoch die Rückkehr zu einem gemischten Wahlsystem, wonach je eine Hälfte der Abgeordneten nach dem Verhältniswahlrecht gewählt wird und die andere Hälfte nach dem Mehrheitswahlrecht. Die letzten Parlamentswahlen nach diesem Wahlsystem fanden in der Ukraine im Jahr 2002 statt. Obwohl die Oppositionsparteien damals entsprechend den über die Verhältniswahl vergebenen Stimmen gewonnen hatten, wurde im Parlament eine Mehrheit aus dem Pro-Kutschma-Wahlbündnis »Für eine einheitliche Ukraine« (Sa edynu Ukrainu) und unabhängigen Abgeordneten aus Einzelwahlkreisen gebildet.

Im Jahr 2012 wollte die Partei der Regionen dieses Szenario wiederholen und dabei die stärkste Fraktion im neuen Parlament bleiben. Es ist ihr gelungen: Sie verfügt nun sogar über 10 Sitze mehr als nach den vergangenen Wahlen. Allerdings haben nur 72 der 185 gewählten Abgeordneten der Partei der Regionen ihre Mandate über die Verhältniswahl bekommen. Die Partei der Regionen hat gewonnen, aber nur dank der Wahlergebnisse in den Einzelwahlkreisen.

Ein weiterer wichtiger Schlüssel zum Erfolg der regierenden Partei war der Einsatz administrativer Ressourcen. Journalisten des ukrainischen TV-Senders »TVi« haben die Verteilung der staatlichen Transferleistungen an lokale Regierungen im Vorfeld der Wahlen analysiert und herausgefunden, dass allein an die Region Donezk doppelt so viel Geld verteilt wurde (79 Mio. Euro) wie an die acht Regionen der Westukraine (42 Mio. Euro). Dabei haben zwei von der Partei der Regionen in Einzelwahlkreisen aufgestellte Mitglieder des Haushaltsausschusses der Werchowna Rada ihren eigenen Einzelwahlkreisen 24 Mio. Euro zugewiesen. Im Ergebnis haben beide mit mehr als 60 % der Stimmen die Wahlen gewonnen.

Infolge der fehlgeschlagenen Außenpolitik wurden geopolitische Fragen – wahrscheinlich zum ersten Mal bei Wahlen in der Ukraine – stark vernachlässigt. Stattdessen konzentrierte sich die Partei der Regionen in ihrer Wahlkampagne auf die »Verbesserung der Situation« im Land im Vergleich zur Krise der Ära Juschtschenko. Weitere wichtige Punkte waren der Erfolg der Europameisterschaft 2012, die sozialen Initiativen des Präsidenten und die Sprachpolitik. Im April 2012 unterstützte das Parlament die Initiative Janukowytschs, den Staatshaushalt um 1,7 Mrd. Euro oder 5 % zu erhöhen. Die Mittel sollten für die Rentenanhebung, für Staatshypotheken und die Entschädigung für verlorene Einlagen der Sparkasse der UdSSR verwendet werden. Im Juli 2012 hat das Parlament dann das Gesetz über die russische Sprache gebilligt. Doch weder die sozialpopulistischen Maßnahmen noch die Sprachpolitik brachten die erhofften Ergebnisse. In sechs von acht Regio-

nen, die Russisch zur Regionalsprache erhoben haben, hat weniger als die Hälfte der Bevölkerung für die Partei der Regionen gestimmt.

Neue politische Landschaft

Das Verbot des Antritts von Parteienbündnissen bei den Wahlen sollte den Prozess der Vereinigung der Opposition erschweren. Bei den Parlamentswahlen von 2006 und 2007 waren nämlich solche Bündnisse aus Oppositionsparteien angetreten. Allerdings haben sich schon im April 2012 die Parteien Front des Wandels (Front Smin) von Arsenij Jazenjuk, Nationale Selbstverteidigung von Jurij Luzenko und mehrere kleine Parteien mit Vaterland (dem ehemaligen Block Julija Tymoschenko) vereint. Seitdem Tymoschenko die Teilnahme an den Parlamentswahlen verweigert wurde, führt Arsenij Jazenjuk die Vereinigte Opposition Vaterland an.

Trotz der Gefahr, die 5%-Hürde nicht überwinden zu können, wollten sich nicht alle Oppositionsparteien mit der Vereinigten Opposition Vaterland vereinen. Die Umfragewerte der heutigen Wahlsieger Freiheit und UDAR ließen lange Zeit den Einzug ins Parlament fraglich erscheinen: UDAR überwand die 5%-Hürde erst Anfang 2012 und das Rating von Freiheit schwebte bis zum Wahltag um 5 %. Nichtsdestotrotz haben diese Parteien beschlossen, allein bei den Wahlen anzutreten, und begründeten dies mit der unterschiedlichen Wählerschaft. Daraufhin koordinierten die drei oppositionellen Kräfte ihre Aktionen im Rahmen des Zusammenschlusses »Widerstand gegen die Diktatur«, der im August 2011 zustande kam. Im Juli 2012 vereinbarten dann die Partei Freiheit und die Vereinigte Opposition Vaterland eine gemeinsame Kandidatenliste für die Einzelwahlkreise. Eine solche Vereinbarung konnte zwischen der Partei UDAR und den anderen Oppositionsparteien nicht erreicht werden, obwohl die Verhandlungen schon im Januar 2012 begonnen hatten. Nur zwei Wochen vor den Wahlen haben die Parteien UDAR und Vaterland beschlossen, einige Kandidaten in Einzelwahlkreisen zugunsten der jeweils anderen Partei zurückzuziehen. In vielen Einzelwahlkreisen jedoch haben die Oppositionskandidaten auch weiterhin miteinander konkurriert, wovon die Regierungskandidaten profitiert haben.

Infolge der neuen politischen Verhältnisse sind nicht nur neue Parteien entstanden, sondern auch die alten Parteien haben sich gründlich geändert oder sind ganz von der politischen Bühne verschwunden. So hat sich z. B. die Partei Starke Ukraine des stellvertretenden Ministerpräsidenten Serhij Tihipko letztendlich mit der Partei der Regionen vereint. Ehemals positionierte sich Tihipko, ebenso wie Jazenjuk, als alternative dritte Kraft. Nach dem Eintritt des ersten in die Partei

der Regionen und des zweiten in die Partei Vaterland übernahm Witalij Klytschko mit seiner Partei UDAR die Rolle der dritten Kraft. Neben der Partei Starke Ukraine haben auch die Partei Unsere Ukraine von Ex-Präsident Wiktor Juschtschenko und die Volkspartei von Parlamentspräsident Wolodymyr Lytwyn (auch Block Lytwyn) die große Politik mittlerweile verlassen. Dieses Jahr hat die Partei Unsere Ukraine nur 1 % der Stimmen bekommen. Gleichzeitig war Lytwyn viel geschickter als Juschtschenko: Da seine Partei durch die Zusammenarbeit mit der Partei der Regionen diskreditiert war, haben 58 Parteimitglieder in Einzelwahlkreisen kandidiert, einschließlich Lytwyn selbst. Von all diesen Kandidaten haben aber nur Lytwyn und ein weiterer die Wahl gewonnen. Weitere fünf Kandidaten aus dem ehemaligen Block Lytwyn traten über die Parteiliste der Partei der Regionen an, was dem Block im Gegenzug für die Unterstützung des Sprachengesetzes gewährt wurde. Im Ergebnis wird Lytwyn nicht das gleiche Schicksal wie Juschtschenko ereilen: Im neuen Parlament wird er über eine kleine Gruppe von Abgeordneten verfügen (s. Grafik 4).

Neben der rechtspopulistischen Partei Freiheit, die überraschenderweise 10 % der Stimmen bekam, erlangten auch die Kommunisten bei diesen Wahlen erstaunlich viele Stimmen – 13 % im Vergleich zu den 5 % des Jahres 2007. Sie traten mit dem Slogan »Wir geben die Macht zurück ans Volk!« bei den Wahlen an. Und das trotz der Tatsache, dass sie in einer Koalition mit der oligarchisch geprägten Partei der Regionen waren und die Koalition im neuen Parlament fortsetzen wollen. Ihre anti-oligarchische Rhetorik war offensichtlich trotz allem überzeugend.

Darüber hinaus hat sich die Kommunistische Partei vor diesen Wahlen grundsätzlich gewandelt. Manche sagen sogar, dass sie sich von einer ideologischen zu einer technischen Partei gewandelt hat. So haben Experten auf teure Werbekampagnen hingewiesen, die bisher nicht typisch für die Kommunisten waren. Im Vergleich zu anderen alten Parteien haben sie ihre Kandidatenliste am stärksten verändert: Nur ein Drittel der alten Abgeordneten trat auf der neuen Parteiliste auf (s. Grafik 4). Die anderen kandidierten erfolglos in Einzelwahlkreisen (s. Grafik 5). Gleichzeitig hat die Partei den Anteil an jungen Kandidaten fast verdoppelt, wobei diese eher am unteren Ende der Liste platziert wurden. Aus diesen Gründen werden die Kommunisten im neuen Parlament im Durchschnitt 50 Jahre alt sein, aber nur jeder Dritte wird Erfahrung als Abgeordneter haben.

Fälschungen nach den Wahlen

Nach dem Wahltag gab es in mindestens 15 der 225 Einzelwahlkreise Versuche, die Wahlergebnisse zu fäl-

schen. In einem Bezirk wurde Tränengas gegen Journalisten eingesetzt, in einem anderen hat man die Daten bei der Übermittlung an den Server der Zentralen Wahlkommission manipuliert, und in einem weiteren kam es sogar zu einem gewaltsamen Angriff der Spezialeinheit »Berkut« auf die Protestierenden und einem Austausch der Wahlprotokolle. Die eklatanteste Fälschung geschah aber dort, wo das Gericht die Stimmen von fast 30.000 Wählern für ungültig erklärte. Die Regierung hat auf die Wahlfälschungen erst am 2. November reagiert. Ministerpräsident Mykola Asarow erklärte, dass weder die Regierung noch die Partei der Regionen etwas mit der Stimmenausschüttung in den Problemwahlkreisen zu tun habe.

Nach den Protesten der Opposition gegen die Wahlfälschungen hat die Werchowna Rada am 6. November 2012 zwei Resolutionen verabschiedet: eine empfiehlt der Zentralen Wahlkommission, Nachwahlen in fünf Einzelwahlkreisen durchzuführen, die andere legt die Einsetzung einer Untersuchungskommission fest, die den Vorwürfen des Wahlbetrugs nachgehen soll. Zum jetzigen Zeitpunkt ist unklar, was als nächstes passieren wird. Auf jeden Fall sind beide Resolutionen der Beweis dafür, dass die Regierung die Wahlfälschungen anerkennt. Somit hat die Opposition einen großen psychologischen Sieg errungen.

7. Legislaturperiode des Parlaments

Die regierende Partei der Regionen hat diese Wahlen zwar gewonnen, die Mehrheit der Wähler hat sie aber nicht unterstützt. Das unerwartet hohe Ergebnis der nationalistischen Partei Freiheit ist eine Manifestation der Radikalisierung in der ukrainischen Gesellschaft.

Obwohl die drei Oppositionsparteien ihre Zusammenarbeit im neuen Parlament bereits angekündigt haben, bleibt die Frage nach ihrem problemlosen Zusammenspiel noch offen. Bisher ist es der Opposition gelungen, ihre Aktionen gegen die Regierung zu koordinieren und gemeinsam aufzutreten. Der Wahlkampf zeigte aber, dass man schnell zu Kontroversen kommt, wenn es darum geht, Kompromisse einzugehen. Fraglich ist auch das Gewicht der Opposition im Parlament auf lange Sicht. Heute verfügt sie über 40 % aller Plätze. Es ist aber möglich, dass dieser Anteil sich bald verringert, falls manche Abgeordneten die Seiten wechseln. Wenn das nicht passiert, wird die Opposition die bisher unbegrenzte Macht Janukowytschs teilweise einschränken können.

Über die Autorin:

Katerina Malygina ist Doktorandin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und schreibt ihre Doktorarbeit über den ukrainischen Gasmarkt und die ukrainisch-russischen Gasbeziehungen. Die Promotion wird durch ein Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt.

Als Erstes plant die Opposition, im neuen Parlament das Gesetz über die Amtsenthebung des Präsidenten zu verabschieden. Angesichts der Machtposition Janukowytschs und seiner Partei ist dieses Vorhaben kaum umsetzbar. Wie zuvor wird im Parlament eine »steuerbare« Mehrheit aus der Partei der Regionen, der Kommunistischen Partei und den unabhängigen Abgeordneten gemeinschaftlich abstimmen. Dabei wird die »goldene Aktie« in der neuen Werchowna Rada Rinat Achmetow haben, der zwar bei diesen Wahlen nicht selbst kandidierte, aber eine Rekordzahl eigener Leute ins Parlament gebracht hat. Nach einigen Schätzungen werden etwa 40 Abgeordnete die Interessen Achmetows und seines Freundes, des stellvertretenden Ministerpräsidenten Borys Kolesnikow, vertreten. Die anderen Gruppierungen innerhalb der Partei der Regionen, außer der von Janukowytsch und seiner Familie, sind deutlich schwächer. So zählt die Gruppe des Gasoligarchen Dmytro Firtasch und des Leiters der Präsidentialverwaltung Serhij Ljowotschkin nicht mehr als 30 Personen. Allerdings zogen die meisten Abgeordneten aus der Gruppe Firtasch-Ljowotschkin nicht über die Parteiliste ins Parlament ein, wie die Leute Achmetows, sondern durch den Wahlsieg in Einzelwahlkreisen, was als Anzeichen für den Einflussverlust ihrer »Chefs« gedeutet werden kann.

Neben den Wahlergebnissen gab es Anfang November 2012 noch ein wichtiges Ereignis, das die künftigen Entwicklungen in der Ukraine beeinflussen könnte. In den letzten Arbeitstagen der alten Werchowna Rada hat Janukowytsch ein Gesetz über Volksabstimmungen durch das Parlament gepeitscht. Nun können die Ukrainer über ein Referendum die Verfassung ändern und man braucht dafür weder das Parlament noch das Verfassungsgericht. Offenbar wollte Wiktor Janukowytsch damit, angesichts der großen Zahl der Oppositionsabgeordneten im neuen Parlament, seine Zukunft sichern. Schließlich könnte die Rückkehr zu einer parlamentarischen Regierungsform eine der möglichen Referendumsfragen werden. Dann könnte Janukowytsch Ministerpräsident werden, falls er sich nur geringe Chancen auf den Präsidentenposten bei der Wahl 2015 ausrechnet. So einen Versuch unternahm schon einmal Leonid Kutschma und auch Wladimir Putin. Während der erste scheiterte, gelang es dem zweiten sogar ohne Verfassungsreform. Ob Janukowytsch das auch schafft, bleibt abzuwarten.

KOMMENTAR

Erbitterter Nachwahlkampf in der Ukraine um die einfache Parlamentsmehrheit

Von Miriam Kosmehl, Kiew

Die Zentrale Wahlkommission (ZWK) gab zwei Wochen nach der Abstimmung das offizielle Ergebnis der Wahl zur siebten Werchowna Rada, dem ukrainischen Parlament, bekannt. Nachdem die herrschende Partei der Regionen von Präsident Wiktor Janukowytsch und die drei Oppositionsparteien Vaterland, UDAR und Swoboda (Freiheit) mit insgesamt 185 bzw. 178 Mandaten ungefähr gleichauf liegen, werden die Weichen für die Mehrheitsbildung in jenen Einerwahlkreisen gestellt, in denen sog. selbst-aufgestellte Kandidaten gewonnen haben.

Nach endgültiger Auszählung der Stimmen kommt die regierende Mehrheit aus der Partei der Regionen und den Kommunisten auf 43,18 % der Listenstimmen. Die drei Oppositionsparteien, denen die Überwindung der mit dem neuen Wahlgesetz eingeführten 5%-Hürde gelang, kommen zusammen auf 49,94 % der 225 Listenplätze. Zählt man jedoch die gewonnenen Mehrheitswahlkreise hinzu, erzielt die Partei der Regionen mehr als 40 % der 450 Gesamtsitze des Parlaments; gemeinsam mit den Kommunisten und den sog. selbst-aufgestellten Kandidaten, von denen mindestens 20 klar der Partei der Regionen zugerechnet werden können, kommen die Anhänger von Präsident Janukowytsch auf über 50 % der 450 Parlamentssitze.

Allerdings ist der Partei der Regionen sehr daran gelegen, auch ohne die Kommunisten zumindest die einfache Parlamentsmehrheit von 226 Mandaten sicher zu wissen. Deshalb spielen die 43 sog. selbst-aufgestellten Einzelkandidaten eine noch bedeutendere Rolle als ursprünglich angenommen. Ähnliches gilt für die in Einerwahlkreisen erfolgreichen Kandidaten unbedeutender Parteien, die es nicht über die Listenwahl ins Parlament geschafft haben – insgesamt sieben, von denen allenfalls zwei klar der Partei der Regionen zugerechnet werden können. Von beiden Lagern erwartet die Partei der Regionen mehr Zugeständnisse als von den Kommunisten.

Bereits in ihren ersten Äußerungen verwiesen Wahlbeobachter auf die besondere Gefahr von Unregelmäßigkeiten bei der Addierung der Wahlergebnisse aus den Wahllokalen. Auf das nach heutiger Lesart ehrgeizige Ziel der einfachen Mehrheit der Partei der Regionen dürfte es zurückzuführen sein, dass mit fortschreiten der Auszählung die Anzahl jener Wahlkreise zunahm, in denen der Opposition Stimmen im Nachhinein wieder aberkannt wurden, indem Ergebnisse in einem

oder mehreren Wahllokalen für ungültig erklärt wurden, obwohl Wahlbeobachter keine Formfehler oder Verstöße festgestellt hatten. Gleiches gilt für Stimmen, die der Opposition gar nicht erst zugeschlagen wurden, weil Protokolle und Wahlzettel aus Bezirkswahlkommissionen entwendet wurden, zum Teil unter Einsatz der Sonderpolizeinheit Berkut.

Zuletzt war die Zahl jener Wahlkreise, für die die Opposition massive nachträgliche Stimmenverluste geltend macht, auf 13 angewachsen. Dass sich die ZWK und das Parlament gegenseitig den Schwarzen Peter zuschoben, anstatt das Problem zu lösen, verdeutlicht die allgemeine Unsicherheit. Nachdem das noch amtierende Parlament auf Ersuchen der ZWK beschloss, dass die ZWK in jenen fünf Wahlkreisen Nachwahlen anordnen solle, in denen die Opposition den Auszählungsprozess zuallererst bemängelt hatte, erklärten einzelne Vertreter der ZWK (eine einheitliche ZWK-Meinung gab es nicht), die Protokolle für die umstrittenen Wahlkreise nicht abzeichnen zu wollen. Die Oppositions-Troika reichte Klage beim höchsten Verwaltungsgericht ein, mit dem Ziel, dass die ZWK die Wahlergebnisse feststellen solle. Neuwahlen sind ebenso wenig im Interesse der Opposition wie im Interesse der Partei der Regionen: Sie verzögern die neue Parlamentsbildung noch einmal um mehrere Monate und erfordern erneut viel Geld. Nachdem der stellvertretende Leiter der ZWK noch am 8. November erklärt hatte, in den strittigen Wahlkreisen seien die Ergebnisse nicht zu bestimmen und davon die Rede war, die Parlamentsarbeit mit fünf Deputierten weniger beginnen und im März nachwählen zu lassen, veröffentlichte die ZWK am 9. November überraschend die Ergebnisse aller Einerwahlkreise, auch jene aus den strittigen. Obwohl in allen fünf Oppositionskandidaten die meisten Stimmen bekommen haben dürften, gewannen demnach in zweien die Partei der Regionen-Kandidaten, in einem ein selbst-aufgestellter aber der Regionenpartei naher Kandidat, in einem ein selbst-aufgestellter, nicht eindeutig zuzuordnender – und nur in einem der Oppositionskandidat. In den am 13. November in der Parlamentszeitschrift veröffentlichten offiziellen Wahlergebnissen fehlen die Angaben für diese Wahlkreise allerdings wieder, mit der Begründung, die Zentrale Wahlkommission habe hier kein Ergebnis ermitteln können – was die Oppositions-Troika, mit Hinweis auf existierende Protokolle, von Beginn an bestritt.

Die Opposition hatte zuvor mit Vorschlägen, aus Protest Mandate gar nicht erst anzunehmen oder nach der Annahme niederzulegen, eine denkbar schlechte Figur gemacht – insbesondere, wenn man bedenkt, dass sie, nach unterschiedlichen Einschätzungen, in bis zu 30 Mehrheitswahlkreisen deshalb verlor, weil sie sich zuvor nicht auf einen einheitlichen Auftritt gegen die Parteien der Regierungsmehrheit einigen konnte.

Dabei bedarf es inzwischen in der Ukraine besonderen Engagements, um öffentliche Proteste auslösen und gezielt Druck auf die Machthaber ausüben zu können – z. B. um aberkannte Stimmen – wieder – anerkannt zu bekommen. Denn vor der Wahl erklärten 70,9 % der Bevölkerung in einer unabhängigen Umfrage, sie würden selbst dann nicht protestieren, wenn sie sicher seien, dass die Wahlergebnisse gefälscht wurden.

Währenddessen wurden im alten Parlament noch Gesetze verabschiedet, die so wichtige Fragen berühren wie die Wahl des Parlamentssprechers, die Befugnisse der Abgeordneten aus Mehrheitswahlkreisen oder gar die Einführung eines nationalen Referendums, das auch Änderungen in der Verfassung auf den Weg bringen könnte. Möchte die künftige Opposition im neuen Parlament Gesetze zurücknehmen oder ändern, braucht sie dafür mindestens eine einfache Mehrheit. Macht der Präsident von seinem Vetorecht Gebrauch, sogar eine Zweidrittelmehrheit.

Den internationalen Wahlbeobachtern war auch die »Oligarchisierung« der Wahl negativ aufgefallen – nicht nur bezogen auf den exorbitant teuren Wahlkampf, sondern auch in der Hinsicht, dass das nächste Parlament einige Milliardäre und mehrere Dutzend Multi-Millionäre aufweisen wird. Dazu kommen jene sog. selbst-aufgestellten Parlamentarier, die in Mehrheitswahlkrei-

sen nur mit massiver finanzieller Unterstützung anderer gewählt wurden. Ukrainische Oligarchen und Wirtschaftsmächtige, die Janukowytsch früher stützten, bangen inzwischen um ihren Einfluss. Viele verstanden die Parlamentswahl als letzte Chance, ihr Terrain wirksam gegen die bei Präsident Janukowytsch und seiner »Familie« zentrierte Macht zu verteidigen.

Die Anzeichen für Auseinandersetzungen innerhalb der Elite haben zugenommen. Während der Wahlkampfzeit begannen TV-Sender, der Opposition bedeutend mehr Sendezeit einzuräumen, und es kam zu offen kritischer Berichterstattung über Personen aus Janukowytschs unmittelbarer Umgebung. In der ukrainischen Presse mehrten sich Gerüchte über den Rücktritt zentraler Personen, z. B. von Präsidialamtschef Serhij Ljowotschkin, die dann wieder dementiert wurden.

Inwiefern in der siebten Werchowna Rada eine inhaltliche, für die Bürger nachvollziehbare Auseinandersetzung stattfinden kann, wird sich in den kommenden zwei Monaten zeigen – aber es steht zu befürchten, dass die Einzelinteressen weniger Mächtiger wie zuvor jene der Bürger und des Landes marginalisieren.

Umso wichtiger ist es daher, weiter jene Kräfte zu stärken, die sich ernsthaft für einen Übergang zu wirklich demokratischen Strukturen in der Ukraine einsetzen. Dieser Prozess war in Osteuropa schon mehrfach von Erfolg gekrönt. Die konkrete Perspektive einer Kooperation mit der EU war dabei ein unterstützender Faktor. Es wäre fahrlässig, die Ukraine jetzt wegen Stimmenfälschungen und inhaftierter Oppositioneller ihrem Schicksal zu überlassen – und unfair gegenüber jenen Ukrainern, die sich für einen Wandel zu europäischen Werten stark machen.

Über die Autorin:

Die gelernte Juristin Miriam Kosmehl leitet seit 1. Juni 2012 das Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Kiew.

KOMMENTAR

Nichtideologische Motivationen der Swoboda-Wähler: Hypothesen zum Elektorat der ukrainischen radikalen Nationalisten bei den Parlamentswahlen vom Oktober 2012

Von Andreas Umland, Kiew

Das mit ca. 10,4 % bemerkenswert gute Abschneiden der sog. Allukrainischen Union »Swoboda« (Freiheit) von Oleh Tjahnybok bei den Parlamentswahlen nach Verhältniswahlrecht am 28.10.2012 war für die meisten ukrainischen und internationalen politischen Beobachter – den Autor dieser Zeilen eingeschlossen – eine Überraschung. Eine Eigentümlichkeit des Ergebnisses der Freiheitspartei ist die unkohärente Wählerschaft der ukrainischen Rechtsextremisten. Da bisher Forschungsarbeiten zu dieser Frage fehlen, kann hier nur vermutet werden, dass diese Eigenheit des ukrainischen Ultranationalismus womöglich der Hauptgrund für die Diskrepanz der meisten Wahlprognosen einerseits und des tatsächlichen Wahlergebnisses der Partei andererseits war.

Erstaunlich ist nicht nur, dass die schon bei Umfragen mehrere Wochen vor den Wahlen identifizierte Wählerschaft Swobodas ebenso pro-europäisch eingestellt ist wie die Unterstützer der Parteien Vaterland und UDAR. Während 65 % bzw. 69 % der Wähler der letztgenannten Parteien einen EU-Beitritt der Ukraine unterstützen, liegt dieser Wert im September 2012 für Swoboda-Wähler bei 64 %. Lediglich bei der Einstellung gegenüber der Russland-geführten Zollunion (57 %, 47 % bzw. 69 % dagegen) sowie der NATO (55 %, 49 % bzw. 42 % für einen Beitritt) ergibt sich ein relevanter Abstand zwischen den Demokraten und den Ultranationalisten: Swoboda-Wähler sehen diese beiden Organisationen deutlich skeptischer.

Noch bemerkenswerter ist, dass Swoboda womöglich bis zur Hälfte ihrer Unterstützung bei den Parlamentswahlen von Wählern erhalten hat, die kaum als radikale Nationalisten zu bezeichnen sind. Vielmehr scheint ein großer Teil der Unterstützung von Bürgern zu kommen, die Swoboda weniger aus ideologischen denn aus taktischen und strategischen Gründen gewählt haben. Eingehende wahlsoziologische Untersuchungen sind noch abzuwarten, aber es gibt Anzeichen dafür, dass die über zehnprozentige Unterstützung für die radikalen Nationalisten bei den Wahlen über dem tatsächlichen Rückhalt für das Swoboda-Programm in der Bevölkerung liegt.

So hatten z. B. zwei prominente oppositionelle Journalisten, Mustafa Nayem und Sonja Koschkina, vor den Wahlen öffentlichkeitswirksam bekanntgegeben, dass sie für Swoboda stimmen würden. Pikant war hierbei, dass Nayem einen Migrationshintergrund hat und Koschkina russischsprachig ist. Damit repräsentieren

die beiden Journalisten zwei jener Bevölkerungsgruppen, gegen deren unregulierte Präsenz im öffentlichen Leben der Ukraine sich die Swoboda-Ideologie richtet.

Ähnlich verblüffend war eine unmittelbar im Anschluss an die Wahlen veröffentlichte Analyse der Daten, die am 28.10.2012 im Rahmen eines Nationalen Exit Polls (dif.org.ua, knapp 20.000 Respondenten) erhoben wurden. Demnach ist die Wählerschaft von Swoboda die mit Abstand am höchsten gebildete und urbanste: 48 % der Befragten Swoboda-Wähler gaben an, einen Hochschulabschluss zu haben, und 47,5 % sind Einwohner von Regionenhauptstädten – Werte, die deutlich über den vergleichbaren Angaben für alle anderen relevanten Parteien liegen.

Eine umfassende sozialwissenschaftliche Interpretation solcher Eigentümlichkeiten im Wahlverhalten der ukrainischen Intelligenz steht noch aus. An dieser Stelle daher nur die folgende vorläufige Hypothese bzw. ein noch zu spezifizierender Konzipierungsvorschlag: Neben den eindeutig ideologisch motivierten Wählern Swobodas, die womöglich weniger als die Hälfte der Gesamtwählerschaft der Partei ausmachen, kann man zwischen drei halb- bzw. sogar nichtideologischen Motivationen für die Stimmabgabe unterscheiden.

Eine erste Gruppe bilden offenbar diejenigen Wähler Swobodas, die mit ihrer Stimmabgabe gegen die als antiukrainisch verstandene Politik der Janukowytsch-Asarow-Regierung, z. B. gegen die Kulturpolitik des Bildungsministers Dmytro Tabatschnyk, protestieren wollen und daher die am lautesten »proukrainische« Partei gewählt haben.

Eine zweite Gruppe stellen offenbar »strategisch« orientierte Wähler dar, welche Swoboda ihre Stimme gegeben haben, um eine möglichst harte Opposition gegen die Regierung sicherzustellen. Die orangen Parteien haben sich 2010 u. a. dadurch diskreditiert, dass ihnen viele Parlamentsabgeordnete abhanden gekommen waren, die nach Janukowytschs Sieg bei den Präsidentschaftswahlen als Mandatswechsler (»tuschki«) zur Regierungskoalition überwechselten. Swoboda wird hingegen als disziplinierte Partei betrachtet, und man traut ihr zu, die eigenen Abgeordneten in der Fraktion zu halten. Vor dem Hintergrund der schwammigen Vaterland- und UDAR-Programme, die sich nur partiell vom Programm der Regionenpartei unterscheiden, wirkt das ideologische Profil der Freiheitspartei schärfer.

Der prononcierte Radikalismus, ja ausdrückliche Revolutionarismus einiger Parteivertreter, wie Andrij Illjenko oder Jurij Mychaltshyschyn, mag den »strategischen« Wählern daher als Vorteil erscheinen – und das obwohl diese Wähler womöglich die radikalen Vorstellungen solcher Parteivertreter nicht unterstützen.

Eine dritte Gruppe waren offenbar Wähler, die man als »taktisch« bezeichnen könnte. Diese gut informierten Wähler sind mit einem Teil der FDP-Wählerschaft in Deutschland vergleichbar. Sie wollten aufgrund der ambivalenten Wahlprognosen für Swoboda – ca. 5 % –

sicherstellen, dass eine dritte Oppositionskraft ins Parlament einzieht. Für diese taktischen Wähler mag die Hauptmotivation gewesen sein, mit ihrer Stimmabgabe dafür zu sorgen, dass Swoboda die 5%-Marke überschreitet und die Stammwählerschaft der Ultrationalisten der Opposition im Parlament nicht durch ein knappes Unterschreiten der 5%-Marke verlorengelht. Erst im Nachhinein stellte sich heraus, dass solche taktische Unterstützung unnötig war, da Swoboda auch ohne sie ins Parlament gekommen wäre.

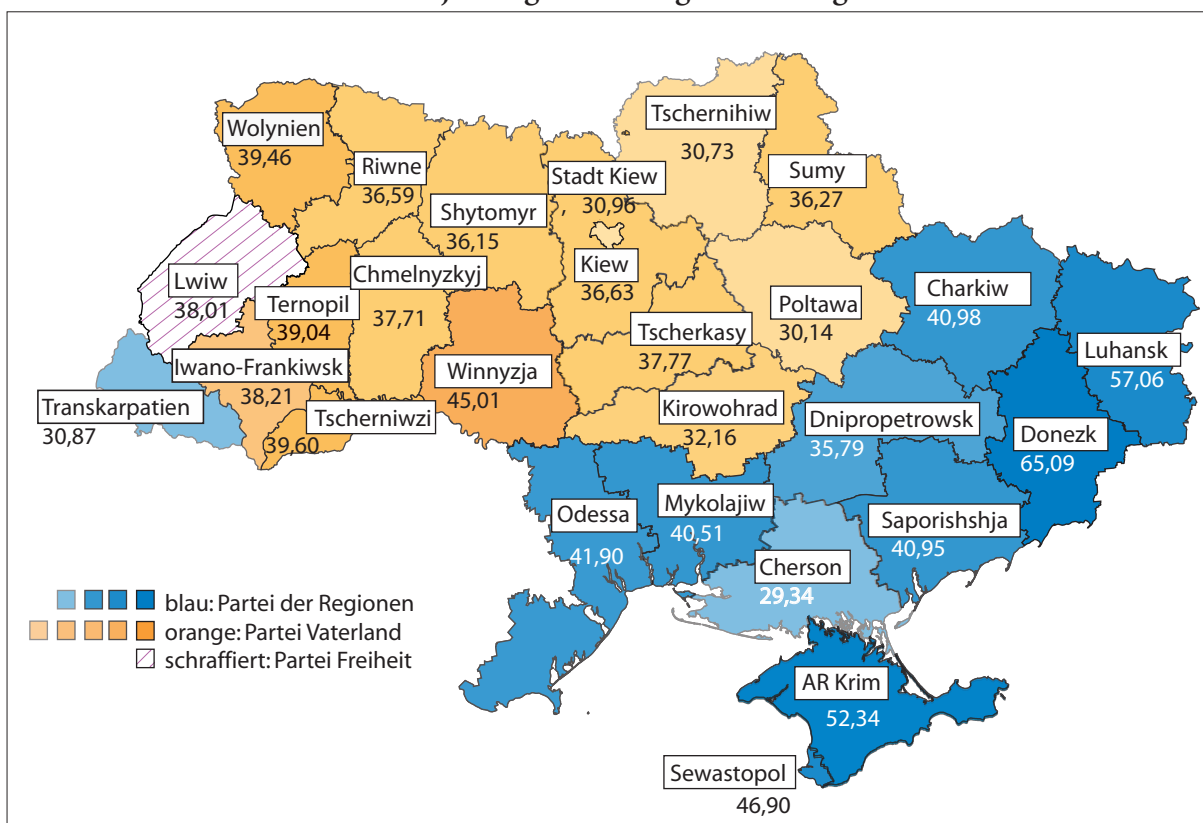
Über den Autor:

Andreas Umland (1967) Dr.phil., Ph.D., ist DAAD-Fachlektor für Deutschland- und Europastudien an der Kiewer Mohyla-Akademie, Herausgeber der Buchreihe »Soviet and Post-Soviet Politics and Society« und Mitglied des Valdai Discussion Club.

GRAFIKEN UND TABELLEN ZU DEN TEXTEN

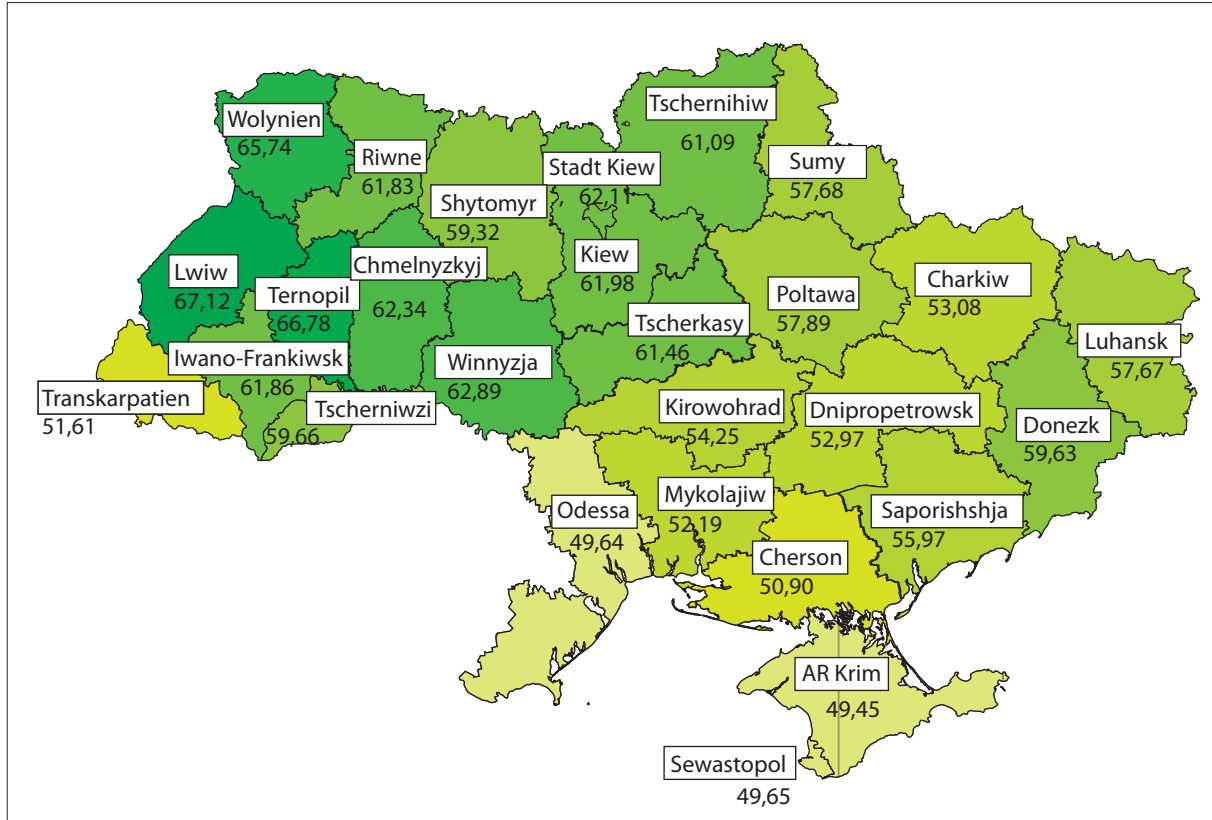
Wahlergebnisse der Parlamentswahl 2012

Karte 1: Stimmenanteil für den jeweiligen Wahlsieger in der Region nach Verhältniswahl in %



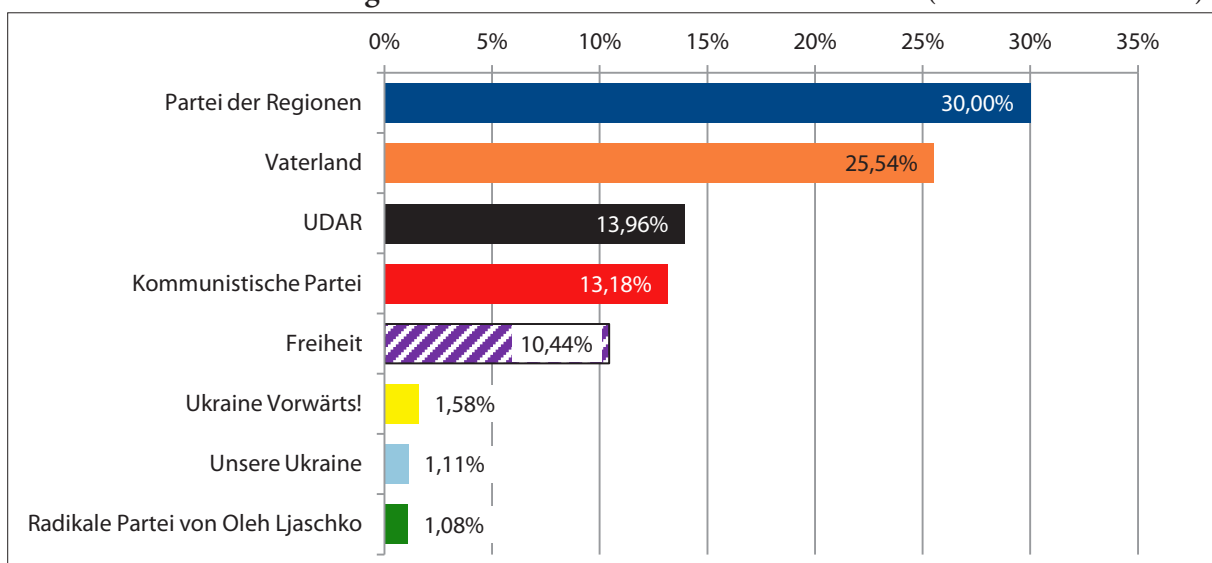
Kartografie: Sebastian Klüsener; Quelle der Daten: Zentrale Wahlkommission, <http://www.cvk.gov.ua>

Karte 2: Beteiligung an den Parlamentswahlen 2012 in %



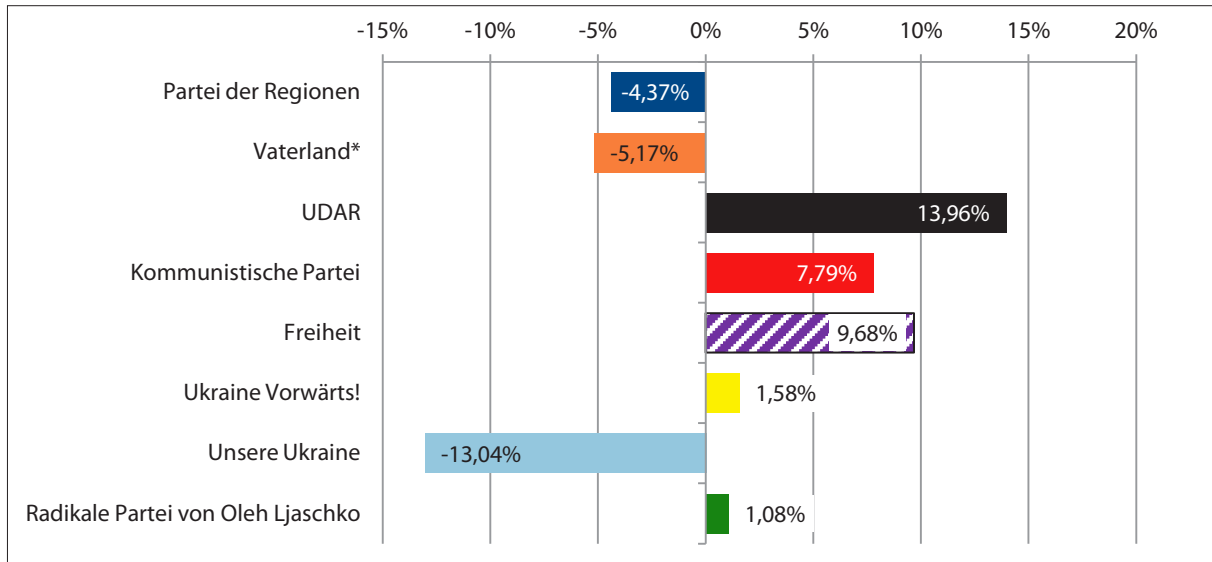
Kartografie: Sebastian Klüsener; Quelle der Daten: Zentrale Wahlkommission, <http://www.cvk.gov.ua>

Grafik 1: Amtliches Endergebnis der Parlamentswahl vom 28.10.2012 (nach Verhältniswahl)



Anm.: Nur die Parteien, die über 1 % der Stimmen erhalten haben. Weitere Ergebnisse: Partei der Pensionäre 0,56 %, Sozialistische Partei 0,45 %, Partei der Grünen 0,34 %, Grüner Planet 0,34 %, Russischer Block 0,31 %, Grüne 0,25 %, Ukraine der Zukunft 0,18 %, Heimatland 0,16 %, Volks-Arbeitsunion der Ukraine 0,11 %, Neue Politik 0,10 %, Hromada (Gemeinde) 0,08 %, Nationalversammlung 0,08 %, Liberale Partei 0,07 %.

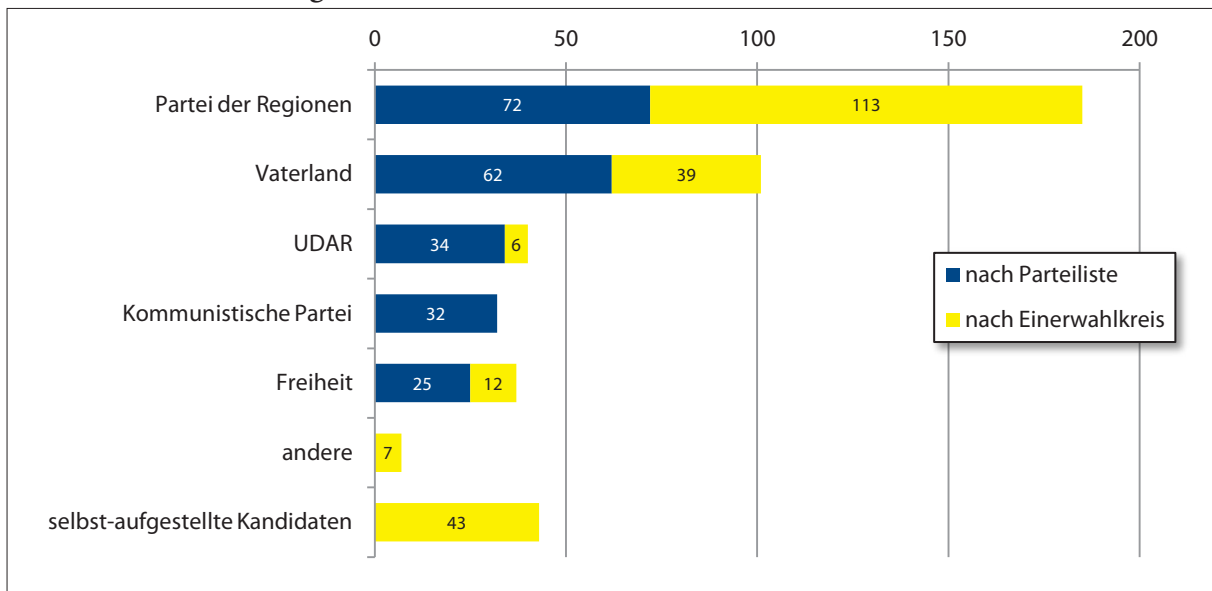
Quelle: Zentrale Wahlkommission, <http://www.cvk.gov.ua/vnd2012/wp300pt001f01=900.html>

Grafik 2: Veränderungen der Ergebnisse aus der Verhältniswahl 2012 gegenüber 2007

Anm.: 2007 wurden alle 450 Sitze durch Verhältniswahl vergeben.

*Verglichen mit dem Wahlergebnis für Block Tymoschenko von 2007.

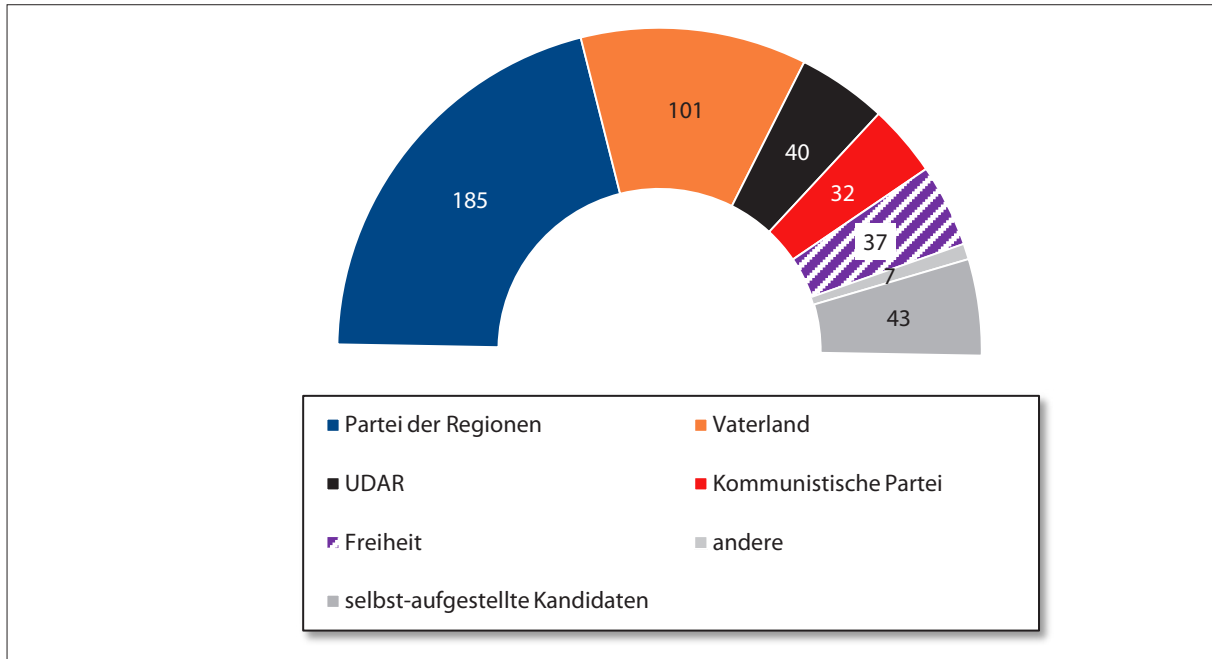
Quelle: Zentrale Wahlkommission, <http://www.cvk.gov.ua>

Grafik 3: Sitzverteilung im Parlament (nach Parteilisten und Einerwahlkreisen)

Anm.: Vergeben wurden bisher (11.11.2012) 445 Sitze im Parlament, für 5 Wahlkreise gab die Zentrale Wahlkommission kein Ergebnis bekannt.

Quelle: *Ukrainska pravda*, <http://www.pravda.com.ua/rus/articles/2012/10/29/6975859/>

Grafik 3a: Sitzverteilung im Parlament



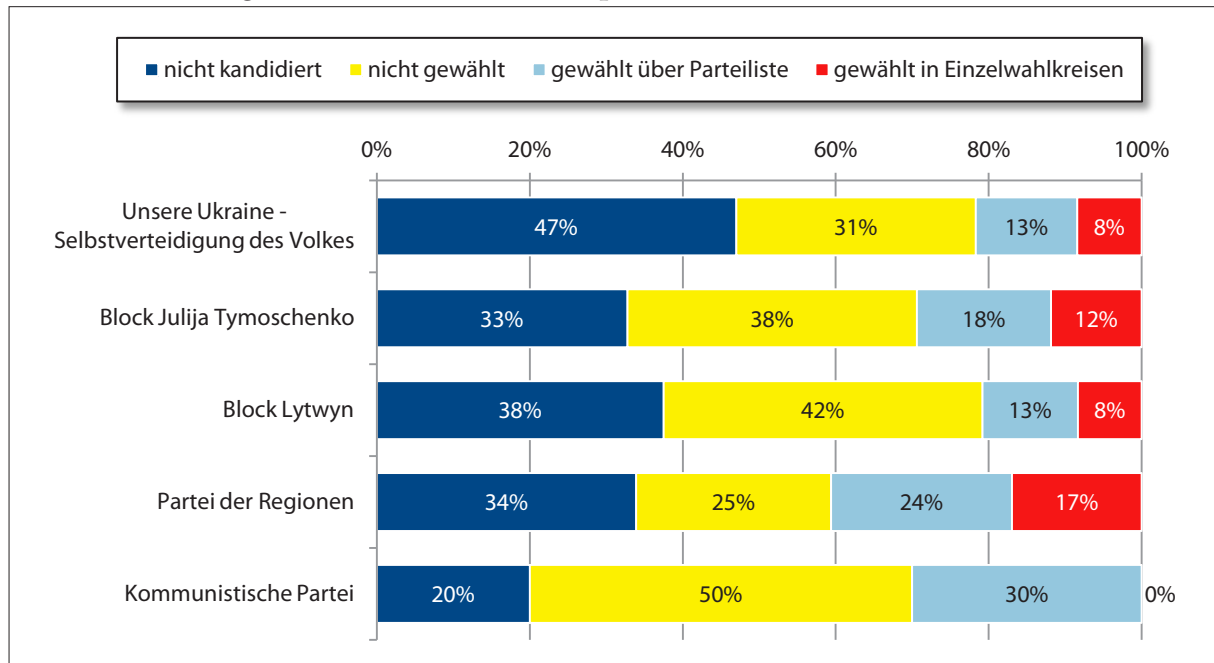
Anm.: Vergeben wurden bisher (11.11.2012) 445 Sitze im Parlament, für 5 Wahlkreise konnte die Zentrale Wahlkommission das Ergebnis nicht bestimmen.

Quelle: *Ukrainska prawda*, <http://www.pravda.com.ua/rus/articles/2012/10/29/6975859/>

Tabelle 1: Spitzenwerte und niedrigste Zustimmungsraten der Parteien in den Regionen (nach Verhältniswahl)

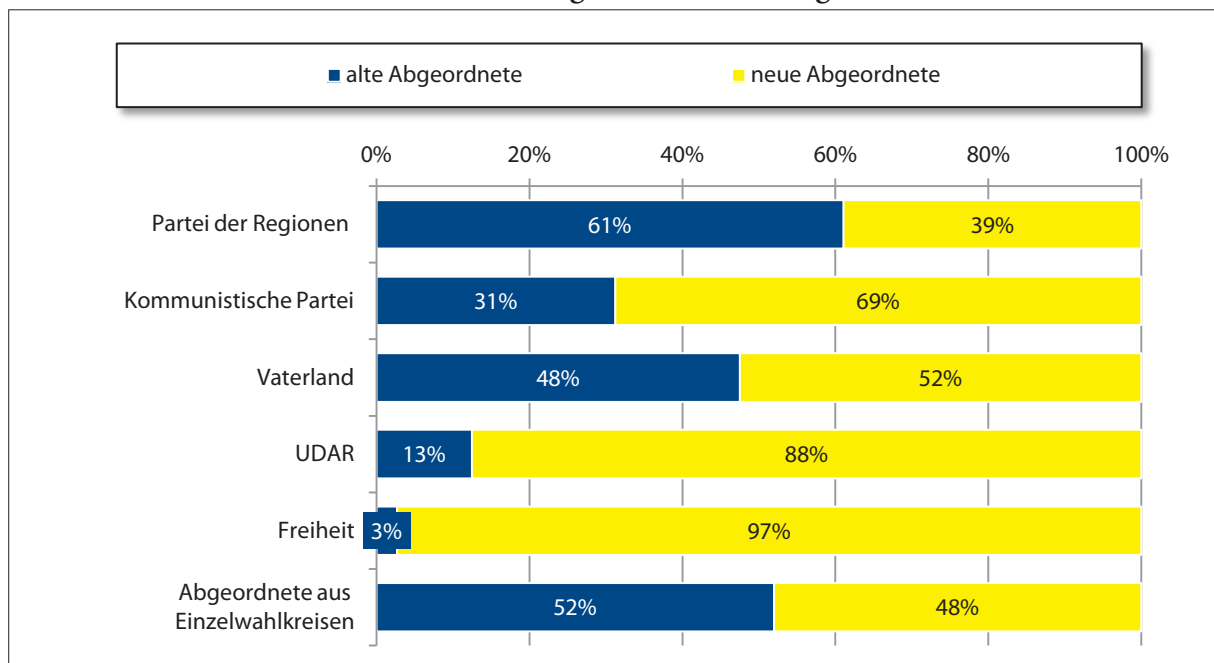
	Landes- durchschnitt	Spitzenwerte der Parteien	niedrigste Werte der Parteien	Wahlergebnisse aus den Wahlkreisen im Ausland
Partei der Regionen	30,00 %	65,09 % (Donezk)	4,70 % (Lwiw)	23,27 %
Vaterland	25,54 %	45,01 % (Wynnyzja)	5,26 (Donezk)	19,85 %
UDAR	13,96 %	25,45 % (Stadt Kiew)	4,71 % (Donezk)	22,11 %
Kommunistische Partei	13,18 %	29,46 % (Sewastopol)	1,78 % (I.-Frankiwsk)	3,46 %
Freiheit	10,44 %	38,02 % (Lwiw)	1,04 % (AR Krim)	23,63 %
Ukraine Vorwärts!	1,58 %	2,41 % (Sewastopol)	0,62 % (I.-Frankiwsk)	0,99 %
Unsere Ukraine	1,11 %	3,56 % (Ternopil)	0,22 % (Donezk)	2,09 %
Radikale Partei von Oleh Ljaschko	1,08 %	10,69 % (Tschernihiw)	0,3 % (Sewastopol)	0,22 %

Quelle: Zentrale Wahlkommission, <http://www.cvk.gov.ua/vnd2012/wp312pt001f01=900.html>

Grafik 4: Die Abgeordneten der letzten Wahlperiode bei den Parlamentswahlen 2012 in %

Anm.: Die Verteilung bezieht sich auf die im Jahr 2007 gewählten Abgeordneten und ihre Nachrücker. Die Daten sind nur für die neuen 445 Abgeordneten ausgerechnet, da die Wahlergebnisse in 5 Einzelwahlkreisen noch ausstehen.

Quelle: Berechnungen von Katerina Malygina.

Grafik 5: Verhältnis von neuen zu alten Abgeordneten im neu gewählten Parlament in %

Anm.: »Alte Abgeordnete« bedeutet hier, dass der- oder diejenige zwischen 1994 und 2012 schon einmal Abgeordneter war. Die Daten beziehen sich nur auf 445 Sitze im Parlament, da die Wahlergebnisse in 5 Einzelwahlkreisen noch ausstehen.

Quelle: Berechnungen von Katerina Malygina.

Chronik der Parlamentswahlen 2012

25.10.2012	Die Zentrale Wahlkommission präsentiert das Internetportal vybory2012.gov.ua . Hier kann per Videoaufzeichnung das Geschehen in den Wahllokalen verfolgt werden.
28.10.2012	Rund 37 Millionen Wähler sind aufgerufen, bei der Parlamentswahl ihre Stimme abzugeben. Es treten 21 Parteien und 2600 Direktkandidaten an. Die Hälfte der Mandate wird nach Verhältniswahlrecht, die andere Hälfte nach Mehrheitswahlrecht in Einerwahlkreisen vergeben. U. a. die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton hatte die Wahlen zuvor als »Lackmustest für die Demokratie in der Ukraine« bezeichnet.
28.10.2012	Laut Angaben der Zentralen Wahlkommission liegt die Wahlbeteiligung bei durchschnittlich 57,98 %. Am höchsten war sie mit 67,12 % in der westlichen Region Lwiw, den geringsten Wert wies mit 49,45 % die Krim auf.
28.11.2012	Vertreter der Oppositionsparteien Vaterland, Freiheit, Front für Wandel und UDAR berichten von Störungen auf ihren Webseiten während der Stimmabgabe. Für die Hackerangriffe machen sie die Regierung verantwortlich. Ebenfalls gestört wird der Zugriff auf Onlineportale von Wahlbeobachterorganisationen wie »Opora« und des Ukrainischen Wählerkomitees. Insbesondere der Zugang zu Informationen über Kandidaten der Opposition sei blockiert gewesen.
29.10.2012	Das Wählerkomitee der Ukraine gibt an, dass es zwar Fälle von Wahlfälschung bei der Parlamentswahl gegeben habe, aber nicht systematisch gefälscht worden sei. Auch die GUS-Wahlbeobachtungsorganisation CIS-EMO spricht von einer »transparenten und demokratischen« Wahl. Das Europäische Netzwerk der Wahlbeobachtungsorganisationen ENEMO hingegen spricht von massenhaftem und systematischem Wahlbetrug.
29.10.2012	Die inhaftierte ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko tritt erneut in den Hungerstreik. Nach Angaben ihres Anwalts Serhij Wlasenko protestiert sie damit gegen die »unehrlichsten Wahlen seit der Unabhängigkeit der Ukraine«.
31.10.2012	Ministerpräsident Mykola Asarow lädt die Oppositionsparteien dazu ein, mit der Partei der Regionen im neu gewählten Parlament zu koalieren. Er wolle den ehemaligen Gegnern die Hand reichen. Die Parteien Freiheit, Vaterland und UDAR lehnen das Angebot umgehend ab.
31.10.2012	Die OSZE sowie die EU und die USA kritisieren den Verlauf der Parlamentswahlen als nicht den internationalen Standards entsprechend. Martin Schulz, der Präsident des Europaparlaments, nennt die Wahlen einen »Schritt zurück für die Demokratie im Land«. Der russische Präsident Wladimir Putin gratuliert der Ukraine zu einer ehrlichen und demokratischen Wahl.
1.11.2012	Der seit Dezember 2010 inhaftierte ehemalige Innenminister unter Julija Tymoschenko, Jurij Luzenko, hält die Wahlen für systematisch manipuliert. Im Unterschied zur ehemaligen Ministerpräsidentin Tymoschenko ruft er die Opposition jedoch dazu auf, im Interesse der demokratischen Entwicklung des Landes das neue Parlament anzuerkennen.
2.11.2012	In mehreren Wahllokalen verzögert sich die Auszählung der Stimmen zur Parlamentswahl sowie die Anfertigung der Protokolle, weil der jeweils unterlegene Kandidat Wahlmanipulation vermutet und auf eine Wiederholung der Auszählung drängt.
2.11.2012	Die Sondereinheit Berkut des Innenministeriums stürmt das Wahllokal 132 in der südukrainischen Stadt Mykolajiw, um Stimmzettel zu beschlagnahmen. Es kommt zu Handgreiflichkeiten und Tränengas wird eingesetzt. Vier Menschen kommen ins Krankenhaus.

5.11.2012	Die Zentrale Wahlkommission stellt fest, dass die Abstimmungen in den Einerwahlkreisen 94, 132, 194, 197, 223 nicht den rechtlichen Standards entsprochen haben. Am Folgetag empfiehlt das Parlament daraufhin der Wahlkommission die Wiederholung der Wahl in den entsprechenden Wahlkreisen. Wiederum am Folgetag erklärt die Zentrale Wahlkommission, dass eine Wiederholung der Wahl nur nach Änderung des Wahlgesetzes möglich sei. Die Opposition sieht ihre Kandidaten als klare Sieger in diesen Wahlbezirken und hält eine Wiederholung der Wahl deshalb für überflüssig. Der Parteivorsitzende von UDAR, Witalij Klytschko, fordert eine Wiederholung der Wahl im ganzen Land. Arsenij Jazenjuk von der Vaterlandspartei kritisiert die Stimmauszählung in zwölf Wahlbezirken und fordert die Wahlkommission auf, die Wahlergebnisse deshalb nicht zu veröffentlichen.
5.11.2012	Vor der Zentralen Wahlkommission in Kiew finden Proteste gegen die Auszählung der Stimmen bei der Parlamentswahl statt, zu denen die Parteien UDAR, Vaterland und Freiheit aufgerufen hatten. Am Abend kommt es zu Handgreiflichkeiten zwischen den Demonstranten und der Spezialeinheit Berkut. Am Folgetag demonstrieren noch ca. 100 Menschen.
6.11.2012	Abgeordnete des Europäischen Parlaments erklären die Parlamentswahlen für weniger demokratisch als die vergangenen Wahlen. Trotzdem solle die EU weiterhin mit der Ukraine zusammenarbeiten, um ihre Demokratisierung voranzubringen, anstatt sie der »Oligarchisierung« auszuliefern, so der Europaabgeordnete Michael Gahler.
7.11.2012	Die Europäische Kommission, die NATO und einige europäische Staaten, darunter Deutschland und Schweden, äußern Kritik an der Verschleppung des Auszählungsprozesses.
7.11.2012	Präsident Wiktor Janukowytsch entlässt Witalij Trawjanko aus seinem Amt des stellvertretenden Leiters der Regionalverwaltung der Region Mykolajiw. Er war Kandidat für die Partei der Regionen im Wahlbezirk 223, einem der umstrittenen Bezirke, wo der Ausgang der Wahl zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt ist.
7.11.2012	Ministerpräsident Mykola Asarow bezeichnet die mögliche Wiederholung der Parlamentswahl als Bedrohung für die Demokratie im Land. Es sei zu keiner Art von Fälschungen gekommen und besser organisierte Wahlen habe es bisher in der Ukraine nicht gegeben. Außerdem habe das Land kein Geld für Nachwahlen.
11.11.2012	Die Zentrale Wahlkommission gibt die Wahlergebnisse bekannt. Von den 450 Mandaten erhält die Partei der Regionen 185, die Partei Vaterland 101, UDAR 40, Swoboda 37 und die Kommunistische Partei 32 Mandate. 7 Sitze gehen an Kandidaten anderer Parteien, 43 an selbst aufgestellte Kandidaten. Die Mandate der Einerwahlkreise 94, 132, 194, 197, 223 werden bis auf Weiteres nicht vergeben, mit der Begründung, die Zentrale Wahlkommission habe hier kein Ergebnis ermitteln können.
12.11.2012	Generalstaatsanwalt Wiktor Pschonka erklärt, dass die Staatsanwaltschaft insgesamt neun Gerichtsverfahren wegen »Verletzungen des Wahlprozesses« eingeleitet habe, darunter auch im Kiewer Wahlkreis Nr. 223, in dem Wahlzettel für Direktkandidaten manipuliert worden sein sollen. In fünf der neun Fälle wird laut Pschonka wegen Stimmenkaufs ermittelt.
12.11.2012	Vor der Zentralen Wahlkommission protestieren mehr als 1.000 Menschen gegen die Fälschung der Wahlergebnisse.
12.11.2012	Die drei Oppositionsparteien Vaterland, UDAR und Freiheit veröffentlichen eine gemeinsame Stellungnahme, in der sie die Ergebnisse der Wahlen nicht anerkennen und gegen die Aberkennung der Ergebnisse der Einerwahlkreise 94, 132, 194, 197, 223 protestieren. Zudem erklären sie, sich wegen der Ernennung zweier Direktkandidaten an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wenden zu wollen. In den Wahlkreisen 11 und 14 waren Stimmzettel der oppositionellen Kandidaten für ungültig erklärt worden, was das Wahlergebnis zugunsten der Regierungspartei verschoben hatte.

CHRONIK

Vom 24. Oktober bis 12. November 2012

24.10.2012	Auf dem Flughafen von Kiew wird der ehemalige Major des Staatsschutzes und Bodyguard des ehemaligen Präsidenten Leonid Kutschma, Mykola Melnytschenko, gegen den wegen Verrats von Staatsgeheimnissen ermittelt wird, festgenommen. Er hatte im Jahr 2000 im Arbeitszimmer des damaligen Präsidenten Leonid Kutschma Tonaufnahmen gemacht, die dessen Verstrickung in die Ermordung des Journalisten Heorhij Gongadse nahelegen. Im August 2012 war er in Italien verhaftet, aber nicht an die Ukraine ausgeliefert, sondern freigelassen worden. Zwei Tage später wird er auf Kautions freigelassen.
28.10.2012	Vor dem Sitz des Geheimdienstes in Kiew demonstrieren einige Dutzend Menschen für die Aufklärung des Falls Raswoschajew. Leonid Raswoschajew, Aktivist der oppositionellen Linken Front in Russland und Assistent des oppositionellen Duma-Abgeordneten Ilja Ponomarjow, wurde laut Zeitungsberichten am 19.10.2012 in Kiew entführt, nachdem er das Kiewer Büro des UN-Flüchtlingswerks UNHCR aufgesucht hatte, um dort Unterstützung bei der Beantragung von politischem Asyl zu erhalten. Kurz darauf wird er vom russischen Inlandsgeheimdienst FSB inhaftiert. Zuvor war er aus Russland geflohen, weil dort wegen Vorbereitung von Massenunruhen nach ihm gefahndet wird. Präsident Wiktor Janukowytsch nennt das Verhalten der russischen Geheimdienste eine »schlechte Voraussetzung« für seine Partei angesichts der bevorstehenden Wahlen.
28.10.2012	Es finden Parlamentswahlen statt, bei denen 57,98 % der Wahlberechtigten ihre Stimme abgeben.
29.10.2012	Die inhaftierte ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko tritt erneut in den Hungerstreik. Nach Angaben ihres Anwalts Serhij Wlasenko protestiert sie damit gegen die »unehrlichen Wahlen seit der Unabhängigkeit der Ukraine«.
29.10.2012	Der russische Botschafter in der Ukraine, Michail Surabow, erklärt den Austritt der Ukraine aus der Energiegemeinschaft zur Bedingung für die Gründung eines Konsortiums mit Russland, dessen Ziel die Senkung der Gaspreise für die Ukraine wäre.
31.10.2012	Die OSZE sowie die EU und die USA kritisieren den Verlauf der Parlamentswahlen als nicht den internationalen Standards entsprechend. Martin Schulz, der Präsident des Europaparlaments, nennt die Wahlen einen »Schritt zurück für die Demokratie im Land«. Der russische Präsident Putin gratuliert der Ukraine zu einer »ehrlichen und demokratischen« Wahl.
1.11.2012	Der ehemalige Ministerpräsident unter Leonid Kutschma, Pawlo Lasarenko, wird nach zehn Jahren Haft, fünf davon unter Hausarrest, aus einem US-amerikanischen Gefängnis entlassen. Die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft kündigt an, ihn sofort wegen Verdachts auf Wirtschaftsverbrechen und Auftragsmord zu verhaften, sobald er in seine Heimat reise. Aufgrund seines ungeklärten juristischen Status wird er allerdings von den US-amerikanischen Behörden sogleich wieder in Gewahrsam genommen.
2.11.2012	In mehreren Wahllokalen verzögert sich die Auszählung der Stimmen zur Parlamentswahl sowie die Anfertigung der Protokolle, weil der jeweils unterlegene Kandidat Wahlmanipulation vermutet und auf eine Wiederholung der Auszählung drängt.
5.11.2012	Vor der Zentralen Wahlkommission in Kiew finden Proteste gegen die Auszählung der Stimmen bei der Parlamentswahl statt, zu denen die Parteien UDAR, Vaterland und Freiheit aufgerufen hatten. Am Abend kommt es zu Handgreiflichkeiten zwischen den Demonstranten und der Spezialeinheit Berkut. Am Folgetag demonstrieren noch ca. 100 Menschen.
5.11.2012	Die Wahlergebnisse von fünf Wahlkreisen werden von der Zentralen Wahlkommission für ungültig erklärt. Tags darauf empfiehlt das Parlament die Wiederholung der Wahl und beauftragt die Wahlkommission, die Kosten zu berechnen. Wiederum am Folgetag erklärt die Zentrale Wahlkommission, dass eine Wiederholung der Wahl nur nach Änderung des Wahlgesetzes möglich sei.
5.11.2012	Mehr als 5.000 Menschen versammeln sich in Mariupol in der Region Donezk und protestieren gegen die Luftverschmutzung in der Stadt durch Fabriken.

6.11.2012	Das Parlament stimmt mit 247 Abgeordneten in zweiter Lesung den Änderungen am Gesetz über die Arbeit des Parlaments zu. Der Parlamentssprecher wird nun in einer offenen statt in einer geschlossenen Wahl bestimmt und die als selbst-aufgestellte Kandidaten gewählten Abgeordneten können nun auch Mitglieder von Fraktionen werden. Am gleichen Morgen war das Gesetz mit 217 Stimmen durchgefallen, weil die Stimmen der Kommunistischen Partei fehlten.
6.11.2012	Das Parlament votiert mit 265 Stimmen für das Gesetz »Über gesamtukrainische Referenden« und legt damit die rechtliche Grundlage für Referenden u. a. über Verfassungsentwürfe. Im Falle eines Neuentwurfs der Verfassung ordnet der Präsident auf Initiative des Volkes ein Referendum an, in welchem über die Annahme entschieden wird. Für einen Antrag sind 3 Mio. Unterschriften aus mindestens zwei Dritteln der Regionen nötig, mit mindestens 100.000 Unterschriften pro Region. Bisher musste das Parlament die Entscheidung des Referendums mit konstitutioneller Mehrheit bestätigen – dies ist nun nicht mehr nötig.
8.11.2012	Es wird bekannt, dass Präsident Wiktor Janukowytsch bereits am 24. Oktober 2012 ein Veto gegen die Änderungen am Gesetz »Über den Schutz persönlicher Daten« eingelegt hat. Diese Gesetzesänderungen waren für die EU ein wichtiger Schritt zur Visaliberalisierung. Janukowytsch beruft sich bei seinem Veto auf Beschwerden verschiedener Organisationen an der Kompetenzausweitung des Staatlichen Dienstes für Datenschutz. Das für die Visaliberalisierung ebenfalls nötige Gesetz über die Einführung biometrischer Pässe hätte bis Ende Oktober 2012 von Janukowytsch unterschrieben werden müssen.
11.11.2012	Die Zentrale Wahlkommission gibt die Wahlergebnisse bekannt. Von den 450 Mandaten erhält die Partei der Regionen 185, die Partei Vaterland 101, UDAR 40, Freiheit 37 und die Kommunistische Partei 32 Mandate. 7 Sitze gehen an Kandidaten anderer Parteien, 43 an selbst-aufgestellte Kandidaten. Die Mandate der Einerwahlkreise 94, 132, 194, 197, 223 werden bis auf Weiteres nicht vergeben, mit der Begründung, die Zentrale Wahlkommission habe hier kein Ergebnis ermitteln können.
12.11.2012	Vor der Zentralen Wahlkommission protestieren mehr als 1.000 Menschen gegen die Fälschung der Wahlergebnisse.

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de/recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de